

## Fremdenfeindliche Gewalt in Südafrika

### Das Scheitern der „Regenbogennation“?

*Benjamin Werner*

Seit Mitte Mai 2008 sind durch eine fremdenfeindliche Gewaltwelle in Südafrika 62 Menschen ums Leben gekommen, mehr als 1.000 verletzt sowie geschätzte 500 Unterkünfte zerstört worden. In Folge der Unruhen flohen zwischen 30.000 und 50.000 Immigranten, die meisten aus Simbabwe und Mosambik, zurück in ihre Heimatländer. Schätzungsweise 50.000 weitere suchten in Notunterkünften Schutz. In Südafrika und international wurden die Ausschreitungen mit Überraschung aufgenommen. Schließlich hatte sich das Land nach dem Regimewechsel 1994 als „Rainbow Nation“ definiert und seine Vielfalt als positiv begriffen. Nichtsdestoweniger gab es seit geraumer Zeit Anzeichen für eine massive Fremdenfeindlichkeit in Südafrika – Anzeichen, die von Politik und Öffentlichkeit lange nicht wahrgenommen oder bagatellisiert worden sind.

Schauplatz der meisten gewalttätigen Übergriffe war die Provinz Gauteng, dort insbesondere Townships nahe Johannesburg. Allerdings breitete sich die Gewalt auch auf andere Gebiete aus, darunter die urbanen Zentren Kapstadt und Durban. Die südafrikanische Regierung setzte zum ersten Mal seit dem Ende der Apartheid das Militär zur Stabilisierung der Sicherheitslage ein. Seit Anfang Juni schienen zwar keine Übergriffe mehr stattgefunden zu haben, doch insgesamt hatten die Ausbrüche 2008 in alarmierender Weise an Zahl und Intensität zugenommen. Für das fremdenfeindliche Klima in der südafrikanischen Öffentlichkeit sind auch Medien und Politiker verantwortlich, die Ausländer mit wachsenden sozialen

### Landesdaten Südafrika

**Regierungsform:** Parlamentarische Demokratie

**Bevölkerung:** 47,9 Millionen

**Fläche:** 1.219.080 km<sup>2</sup>

**BIP pro Kopf:** 5.906 US-Dollar (2007)

**Wirtschaftswachstum 2005-2006-2007:** 5,0 / 5,4 / 5,1 %

**Human Development Index:** 0,674 (Rang 121 von 177) (2007)

**Gini-Index:** 57,8 (Rang 118 von 127) (2000)

**Corruption Perception Index:** (Rang 43 von 179) (2007)

**Ethnische Gruppen:** schwarze Afrikaner 79%, weiße Afrikaner 9,6%, Colored 8,9%, asiatischer Abstammung 2,5% (Statistics South Africa, 2001 Zensus)

**Erstsprachen:** Zulu 23,8%, Xhosa 17,6%, Afrikaans 13,3%, Sepedi 9,4%, English 8,2% (2001 Zensus)

**Religionen:** Christen 80% (Zion Christian 11%, Pfingstkirchen 8%, Katholiken 7%, diverse weitere Konfessionen), keine 15%, andere 5% (2001 Zensus)

Problemen wie Kriminalität, Arbeitslosigkeit und der Verbreitung von Krankheiten in Verbindung brachten. Neben strukturellen Hintergründen muss für eine Ursachenanalyse demnach besonderes Augenmerk auf die Wahrnehmung von Immigranten in der Bevölkerung gelegt werden.

### Xenophobe Übergriffe in Südafrika

Fremdenfeindliche Übergriffe auf Migranten hat es in der Post-Apartheidsgeschichte des Landes wiederholt gegeben. Bereits 1994 vertrieben Gangs im Township Alexandra (Johannesburg) Immigranten aus ihren Behausungen. Zuvor waren Immigranten im Rahmen einer als „Buyelek-

haya“ („Geht zurück nach Hause!“) bekannten Kampagne immer wieder mit der steigenden Kriminalitätsrate und zunehmender Arbeitslosigkeit in Verbindung gebracht worden. In Johannesburg griffen 1997 Straßenhändler ausländische Händler an. Wenig später berichtete *Human Rights Watch* über fremdenfeindliche Tendenzen unter südafrikanischen Polizeikräften, welche gezielt Gewalt gegen Ausländer eingesetzt hatten (Human Rights Watch 1998). Das Ausbleiben von Sanktionen gegenüber den Polizisten erweckte den Eindruck, dass solche Übergriffe staatlich toleriert würden. Im Jahr 2007 wurden in Khutsong, 50 km südwestlich von Johannesburg, Geschäfte somalischer Händler in Brand gesetzt. Im März 2008 war die Region um Pretoria Schauplatz fremdenfeindlicher Attacken. In einem Township nahe der Hauptstadt kamen vier Immigranten bei Übergriffen ums Leben. Mehrere hundert Menschen verloren ihre Unterkünfte durch Brandstiftungen.

Die jüngsten und bisher auch massivsten Gewaltausbrüche begannen am 11. Mai 2008. In Alexandra, einem Township im Norden von Johannesburg, fielen aufgebrachte Gruppen über vermeintliche und tatsächliche Immigranten her. Der genaue Anlass ist ebenso wenig bekannt wie die Organisation der Angriffe. In der folgenden Woche breiteten sich die Übergriffe auf die östlichen Townships Tembisa, Thokoza und Primrose sowie das im Nordwesten gelegene Zandspruit aus. Am 18. Mai war sogar das Zentrum Johannesburgs Schauplatz gegen Immigranten gerichteter Gewalttaten. Bereits nach wenigen Tagen wurden offiziell 22 Todesopfer registriert. Seit dem 21. Mai wurde auch von Angriffen in anderen südafrikanischen Großstädten sowie den an Gauteng angrenzenden Provinzen North West und Mpumalanga berichtet.

In der Nacht vom 20. auf den 21. Mai attackierte eine Menschenmenge eine von Nigerianern betriebene Bar in Durban in der Provinz KwaZulu Natal. Geschätzte zweihundert, mit Latten und Flaschen bewaffnete Männer zogen durch die Straßen und veranlassten einige hundert Anwohner zur Flucht in umliegende Kirchen und Polizeistationen. Nur einige Tage später attackierten verschiedene Gruppen Geschäfte von Immigranten in Kapstadt und Knysna, in deren Folge die Polizei rund ein Dutzend Verletzte verzeichnete. Allgemein gingen die Übergriffe oftmals mit Plünderungen einher, was auf kriminelle und materielle Motive einfacher Townshipbewohner und

Gangs hinwies. In der Provinz Gauteng waren über den gesamten Zeitraum der Ausschreitungen die meisten der 62 Opfer ums Leben gekommen.

Abbildung 1: Städtische Zentren der Übergriffe

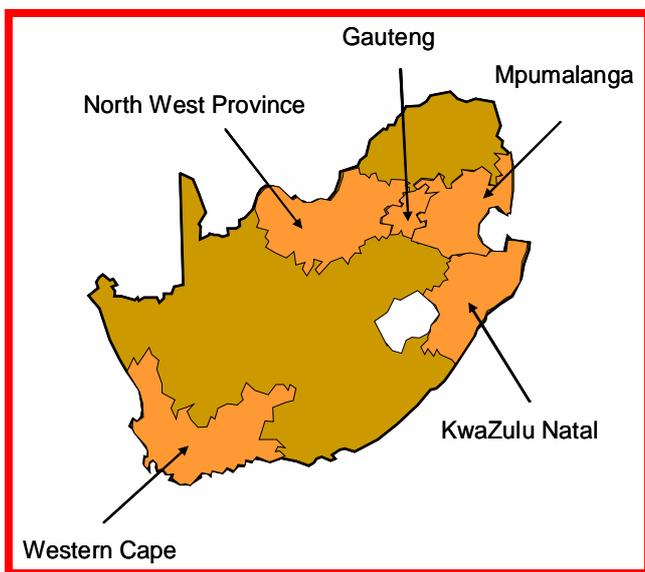


Vielfach wurden auch Menschen zum Ziel von Angriffen, weil sie keine der weit verbreiteten einheimischen Sprachen beherrschten. Dabei sollen nach Regierungsangaben auch 21 Südafrikaner ermordet worden sein, die Minderheitensprachen wie z.B. das im Norden Südafrikas und Teilen Mosambiks gängige Shangan sprachen. Augenzeugen berichteten aber auch von Anwohnern, die aufgrund einer für Südafrikaner als zu dunkel eingeschätzten Hautfarbe zu Opfern wurden. Die Fremdenfeindlichkeit hat damit eine klare rassistische Komponente. Den Übergriffen folgte oft die gezielte Vertreibung durch Brandstiftungen.

Viele Ausländer verließen die Gefahrenzonen. Bis zu 100.000 Menschen sollen geflüchtet sein, ein Großteil davon aus Gauteng und seinen Nachbarprovinzen. Viele suchten zunächst an Polizeistationen und Regierungsgebäuden Schutz, wo sie vielfach im Freien übernachteten. Nässe und die zu dieser Jahreszeit nachts nur wenige Grad über dem Gefrierpunkt liegenden Temperaturen setzten den Geflüchteten weiter zu. Die Regierung errichtete schließlich kleine, temporäre Lager. Man wollte

jedoch die Etablierung segregierter Flüchtlingssiedlungen vermeiden und plante eine maximale Bestandsdauer von drei Monaten. Bis dahin sollen die Menschen in ihre vorigen Wohngebiete zurückgeführt worden sein. Zu den weiteren Plänen der Regierung zählte die Einberufung von speziellen Gerichten, um schnelle justizielle Entscheidungen herbeizuführen. Laut der „National Prosecuting Authority“ sollten 142 Fälle binnen kürzester Zeit verhandelt werden. Alleine in der Provinz Gauteng wurden 600 Verdächtige verhaftet.

Abbildung 2: Betroffene Provinzen



Angesichts der geschilderten Ereignisse in der Post-Apartheidsgeschichte und die neuesten Vorkommnisse im Mai 2008 wird deutlich, dass Xenophobie in Südafrika schon seit geraumer Zeit zu massiver Gewalt führte. Eine Erklärung diese Gewalt muss das Zusammenspiel mehrerer relevanter Faktoren berücksichtigen. Neben strukturellen Ursachen wie Migration, Ökonomie, Kriminalität und der speziellen Apartheids- und Transformationsgeschichte Südafrikas spielen hier auch Perzeptionen eine wichtige Rolle, die durch Eliten und Medien in hohem Maße beeinflusst werden.

## Der strukturelle Kontext Südafrikas

Xenophobie ist kein südafrikanisches Phänomen, sondern findet sich neben vielen globalen Schauplätzen auch in

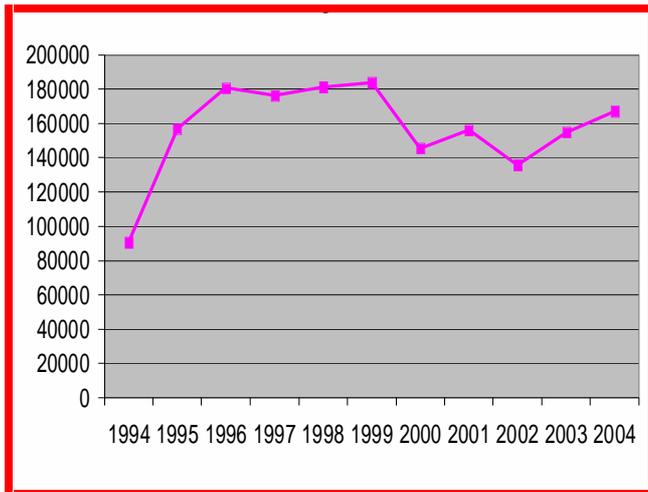
anderen Ländern des südlichen Afrika.<sup>1</sup> Allerdings macht die Verbindung von Fremdenfeindlichkeit und dem Ausmaß der Gewalt Südafrika zu einem Sonderfall.

Die Migration nach Südafrika ist, was Herkunftsländer und Anzahl der Zuwanderer betrifft, nach dem Kollaps der Apartheid 1994 deutlich komplexer geworden. Nach wie vor stammt ein Großteil der Migranten aus Simbabwe, Mosambik und Lesotho, andere afrikanische Länder haben jedoch an Bedeutung gewonnen. Die Zahl der irregulären Immigranten, um die sich die Debatte zur Zuwanderung wesentlich dreht, ist heftig umstritten. Zwar wird einhellig von einem Zuwachs der Immigrantenzahlen seit 1990 ausgegangen, doch hiermit endet der Konsens. Wissenschaftliche Untersuchungen des „Human Sciences Research Council“ oder des „Department of Home Affairs“ schwanken zwischen zweieinhalb und sieben Millionen „Irregulären“ im Land (vgl. Lyndith 2006). Vereinzelt Stimmen bringen aber auch immer wieder Zahlen von bis zu zwölf Millionen ins Gespräch und tragen so zu einer öffentlichen Wahrnehmung bei, die von Unsicherheit und Ängsten geprägt ist (Southern African Migration Project 2001). Angaben des Innenministeriums zu Abschiebungen lassen zwar keinen verlässlichen Rückschluss auf die tatsächliche Zahl der irregulär im Land lebenden Immigranten zu, liefern aber Hinweise auf die Einwanderer, die sonst in keinen anderen Statistiken auftauchen (siehe Abbildung 3). So kann der starke Anstieg der Abschiebungen in den ersten zwei Jahren nach Beendigung der Apartheid einerseits mit einer verstärkten Zuwanderung aufgrund der demokratischen Transition und den damit verbundenen Hoffnungen vieler Afrikaner erklärt werden. Mit Absetzung des weißen Minderheitsregimes und Abschaffung der Niederlassungs- und Reisebeschränkungen für Schwarze wurde das Land für afrikanische Migranten als Zielland attraktiver. Andererseits wird auch die Verschärfung der Einwanderungsgesetze von 1995 zu den angestiegenen Abschiebungszahlen beigetragen haben. Die Zahl der Abschiebungen lag in den 1990er Jahren deutlich höher als in den 2000ern, ist jedoch zumindest zwischen 2002 und 2004 wieder kontinuierlich gestiegen. Vielfach wird der Anstieg der Migration in Südafrika jedoch überschätzt. In Umfragen sahen sich Südafrikaner mehrheitlich von Einwanderungswellen betroffen, die sich weder durch

<sup>1</sup> Hier ist Botswana zu nennen, dass lange Zeit nicht mit Xenophobie in Verbindung gebracht wurde. Im Zuge vermehrter Zuwanderung aus dem Nachbarland Simbabwe schien sich dies in den letzten Jahren zu ändern.

wissenschaftliche Studien noch Regierungsstatistiken belegen lassen (Southern African Migration Project 2003).

Abbildung 3: Entwicklung der Abschiebungen



Quelle: Department of Home Affairs, South Africa

Diese „gefühlte Überfremdung“ muss im Zusammenhang mit existenziellen Problemen wie Armut, Unsicherheit und sozialer Anomie gesehen werden. Der ehemalige Präsident de Klerk verwies auf Arbeitslosigkeit und Kriminalität als Hauptursachen der jetzigen Übergriffe. Dies greift sicherlich zu kurz, in der Tat jedoch zeigen Kriminalitätsstatistiken der von den Gewalttaten am meisten betroffenen Provinzen Gauteng, Western Cape und KwaZulu-Natal zwischen 1994 und 2004 einen beträchtlichen Anstieg bei Raubüberfällen, Körperverletzungen und Sexualverbrechen auf. In Gauteng, dem Ausgangspunkt der Gewalt, wurden 2004 rund 52.996 schwere Körperverletzungen registriert. Im Jahr 1994 waren es lediglich 38.539. Dies entspricht zwischen 1994 und 2004 einem Anstieg um fast 38 %. Ein dramatischeres Bild zeigt sich bei schweren Raubüberfällen, bei denen 1994 noch 38.410 und 2004 bereits 60.998 registriert wurden. Hier ist demnach sogar ein Anstieg um 58 % zu verzeichnen.<sup>2</sup> Auch auf nationaler Ebene nimmt seit 1994 die Anzahl von schweren Raubüberfällen und Körperverletzungen zu (siehe Abbildung 4). Dies ist ein Trend, der gerade von vielen in Armut lebenden Südafrikanern mit den vermeintlich steigenden Immigrantenzahlen in Verbindung gebracht wird und somit die Wahrnehmung von Ausländern als Kriminelle zementiert. Allerdings sind es wesent-

lich aus Südafrikanern bestehende kriminelle Gangs, die ein bedeutendes Maß an Kontrolle über die Townships ausüben. Organisierte Plünderungen durch diese Gangs scheinen ein wesentlicher Hintergrund der jüngsten Gewaltwelle gewesen zu sein.

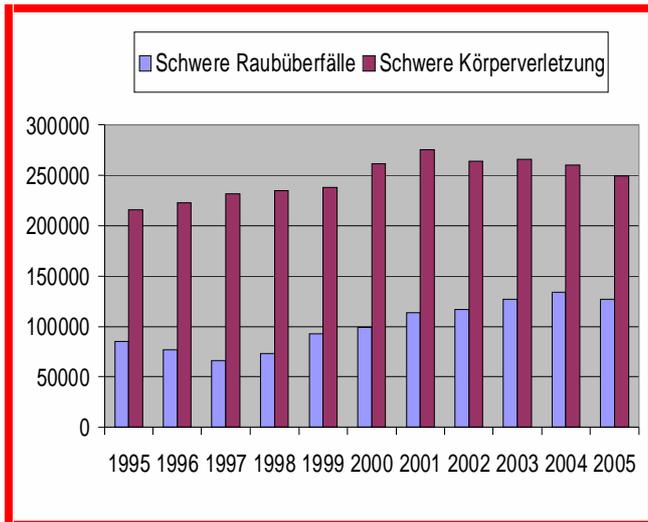
Fremdenfeindlichkeit stellt ein globales Phänomen dar, trifft aber kaum irgendwo auf eine so hohe Gewaltbereitschaft wie in Südafrika. Obwohl die Mordraten seit 1994 kontinuierlich zurückgegangen sind, werden weltweit nur in Kolumbien mehr Menschen in Relation zur Einwohnerzahl umgebracht. Johannesburg ist immer noch die Stadt mit der höchsten Mordrate weltweit. Erklärungsversuche für diese Gewaltintensität beinhalten immer auch Aspekte der speziellen Apartheidsgeschichte. Im Zusammenhang mit der hohen Gewaltkriminalität im letzten Jahrzehnt wird vielfach von einer südafrikanischen „Kultur der Gewalt“ gesprochen. Einer These Waldmanns zufolge zerstören hochgradig repressive, gewalttätig vorgehende Regime Normensysteme der Bevölkerung und legitimieren Gewalt als Mittel zur Erfüllung von Wünschen. Die zerstörerischen Folgen dieser Politik zeigen sich in ihrem ganzen Ausmaß dann, wenn diese Regime liberalisiert werden und die Repression nachlässt (Waldmann 2003). Dieser Ansatz scheint auch für Südafrika erklärungskräftig, allerdings muss er um das Vorgehen der Opposition während der Apartheid ergänzt werden. Teil der Widerstandsstrategie des inzwischen regierenden *African National Congress* (ANC) war es, die Townships unregierbar zu machen. In Folge wurde zum einen Gewalt als gerecht legitimiert und zum anderen die staatliche Kontrolle über die Siedlungen stark geschwächt. Die Schwächung Gewalt kontrollierender Institutionen hatte bereits zur Zeit der Apartheid ein äußerst hohes Niveau auch nicht-politischer Gewalt in den „unregierbaren“ Townships zur Folge. In Südafrika scheint Gewalt oft – was sich insbesondere im häuslichen Bereich und dem Verhältnis zwischen den Geschlechtern zeigt (Andersson 2004) – als legitimes Mittel zur Durchsetzung des Willens akzeptiert zu sein.

Auch die fehlende Partizipation vieler schwarzer Südafrikaner am wirtschaftlichen Aufschwung birgt Konfliktpotenzial, das sich in diesem Fall in fremdenfeindliche Gewalt umsetzte. Trotz eines relativ hohen Wachstums von durchschnittlich 5% in den letzten Jahren leben 34% der Bevölkerung von weniger als zwei US-Dollar am Tag,

<sup>2</sup> Criminal Justice Monitor: Crime Statistics (<http://www.iss.org.za/CJM/statgraphs/index.htm>, 10.06.2008)

gemessen in Kaufkraftparitäten.<sup>3</sup> Eine der Ursachen ist die extrem ungleiche Verteilung gesellschaftlichen Reichtums; Südafrikas Gini-Index gehört zu den zehn schlechtesten. Ein weiterer Indikator für die gesellschaftlichen

Abbildung 4: Raub und Körperverletzung (landesweit)



Quelle: Institute for Security Studies, South Africa

Probleme des Landes ist die hohe Arbeitslosenquote, welche von ca. 13% im Jahre 1994 auf etwa 26% angestiegen ist (Banerjee et al. 2006).<sup>4</sup> Junge, schwarze Südafrikaner sind hiervon am stärksten betroffen. Immigranten sind oft bereit, auch unterhalb der gängigen Löhne zu arbeiten. Von einheimischen Erwerbslosen werden sie vielfach als direkte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wahrgenommen. Einen tatsächlichen Zusammenhang zwischen der Migrantenpopulation und steigenden Arbeitslosen- oder Kriminalitätsraten konnte bisher jedoch keine wissenschaftliche Untersuchung belegen.

Auch bedingen die weltweit gestiegenen Lebensmittelpreise sowie der akute Mangel an akzeptablem Wohnraum intensive Konkurrenz unter der armen Bevölkerung. Zuwanderern wird häufig vorgeworfen, sich unrechtmäßig Vorteile zu verschaffen. So sollen Immigranten Funktionäre bestochen haben, um von der Regie-

rung subventionierte Häuser zu beziehen. Die Regierung baut jedes Jahr bis zu 180.000 Unterkünfte im Rahmen ihres *Reconstruction and Development Programme*. Trotzdem herrscht eine große Konkurrenz auf dem „Sozialwohnungsmarkt“, der von einer höchst intransparenten Vergabe gekennzeichnet ist. Die Zuteilung von Wohnraum ist Lokalpolitikern überlassen, die oft entsprechend ihrer persönlichen Interessen hierüber entscheiden. Bewohner Musinas (nahe der Grenze zu Simbabwe) protestierten bereits 2005 gegen angebliche Bestechungspraktiken von Kommunalpolitikern und Immigranten. In Alexandra (Johannesburg) wurden auch im Mai 2008 ähnliche Vorwürfe der Bestechung von Politikern durch Zuwanderer laut.

Diese strukturellen Probleme Südafrikas bilden den Hintergrund der fremdenfeindlichen Übergriffe, reichen aber zu ihrer Erklärung bei weitem nicht aus. Überaus wichtig hierfür ist die aus den tiefen sozialen Grenzziehungen der Apartheid resultierende Betonung von ethnisch-kulturellen Unterschieden.

## Fremdenfeindlichkeit und die Wahrnehmung der Migration

Repräsentative Umfragen zeigen so auch eine in allen Gesellschaftsschichten sichtbare Intoleranz gegenüber regulären wie irregulären Migranten. In einer Umfrage des *Southern African Migration Project* waren circa zwei Drittel der Befragten der Auffassung, dass Ausländer Ressourcen verbrauchen, die eigentlich Südafrikanern vorbehalten sein sollten (Williams 2008). Ungefähr dieselbe Anzahl an Befragten brachten Ausländer in direkten Zusammenhang mit Kriminalität. Knapp die Hälfte war der Meinung, dass Ausländer Krankheiten wie HIV ins Land bringen.

Vorurteile und Gewalt richten sich vornehmlich gegen Schwarzafrikaner aus den Nachbarländern. Rassismus schwarzer Bevölkerungsteile gegen schwarzafrikanische Ausländer wird allgemein weder unter südafrikanischen Eliten noch in der Bevölkerung ausreichend thematisiert bzw. überhaupt wahrgenommen. Das Selbstverständnis einer Elite, die die junge „Regenbogennation“ prägt und jahrzehntelang gegen die rassistische Unterdrückung und für den panafrikanischen Gedanken kämpfte, geriet ins Wanken. So trugen Politiker auf lokaler und nationaler Ebene bisher auch nicht zur Konfliktprävention bei und

<sup>3</sup> UNDP: Human Development Report ([http://hdrstats.undp.org/countries/data\\_sheets/cty\\_ds\\_ZAF.html](http://hdrstats.undp.org/countries/data_sheets/cty_ds_ZAF.html), 17.06.2008).

<sup>4</sup> In Orientierung an der Definition der International Labour Organisation (ILO) gilt als arbeitslos, wer in den vergangenen vier Wochen trotz aktiver Arbeitssuche nicht mindestens eine Stunde für Geld oder geldwerte Leistungen gearbeitet hat (Frye 2006:7f).

verstärkten teilweise sogar xenophobe Tendenzen. Regierungsvertreter spielten die Übergriffe auf Migranten in der Vergangenheit herunter, indem sie von vereinzelt Ressourcenkonflikten sprachen und fremdenfeindliche Ursachen ausschlossen. Auch anlässlich der jüngsten Ausschreitungen machten einige Regierungsvertreter kriminelle oder oppositionelle Vereinigungen für die Attacken verantwortlich. Geheimdienstchef Ronnie Kasril sprach zunächst bezeichnender Weise gar von einer „dritten Kraft“ – gemeint waren ausländische Mächte – die hinter den „keinesfalls spontanen“ Attacken stünde.

Auch nach den Übergriffen vom März 2008 in Pretoria ergriff die Regierung keinerlei Präventionsmaßnahmen. Selbst nach den Gewaltausbrüchen in Johannesburg wurden keine deutlichen Zeichen gesetzt. Präsident Thabo Mbeki verurteilte die Übergriffe erst am 25. Mai, zwei Wochen nach ihrem Beginn. Insgesamt hat die südafrikanische Administration schwerwiegende Versäumnisse zu verantworten.

Ein wichtiger Umstand der Xenophobie in Südafrika ist, dass die meisten Einheimischen wenig bis keinen Kontakt zu Ausländern haben und trotzdem Ressentiments entwickelten (McDonald/Jacobs 2005). Eine der Quellen dieser Vorurteile sind die südafrikanischen Medien. So zeigen Untersuchungen der Presse, dass ein großer Anteil tendenziell negativ und oberflächlich über Immigranten berichtet (ibid.). Hinzu kommt, dass Pressekonzerne in den letzten Jahren vermehrt die ärmeren Bevölkerungsschichten als Kunden entdeckten, und dieses Segment vor allem durch die Herausgabe äußerst reißerischer Boulevardblätter zu erschließen suchten. In Folge der intensiven Berichterstattung über die politische und humanitäre Situation in Simbabwe sowie der erhöhten Emigrantenzahlen aus dem Nachbarland hat darüber hinaus die mediale Sichtbarkeit der Migration stark zugenommen. Dies hat auch die Wahrnehmung von Südafrikanern bekräftigt, als relativ wohlhabendes und stabiles Land einem massiven Ansturm von Immigranten ausgesetzt zu sein.

### **Ausblick: Perspektiven für Südafrika...**

Seit Anfang Juni schien die Sicherheitslage in den urbanen Zentren stabil, dies war jedoch zu einem großen Teil der massiven Präsenz von Sicherheitskräften geschuldet. Vor allem die schon bald geplante Rückführung der Flüchtlin-

ge in ihre bisherigen Kommunen birgt kurzfristig neues Gewaltpotenzial. Ein Wiederaufflammen der Gewalt könnte auch negative Wirkungen auf die in den letzten Jahren relativ positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes haben. Für das Land überaus bedeutende Wirtschaftszweige könnten durch die Übergriffe beträchtlichen Schaden nehmen. Neben der Tourismusbranche müssen hier auch der Bau- und Rohstoffsektor genannt werden, welche einen großen Teil ihrer Arbeitskräfte aus Immigranten rekrutieren.

Aufgrund des massiven Reputationsverlustes und wahrscheinlicher negativer wirtschaftlicher Folgen der Übergriffe sieht sich die Regierung unter Druck gesetzt, neue Ausschreitungen zu verhindern. Strukturelle Probleme wie Armut, Arbeitslosigkeit und extrem ungleiche Einkommensverteilung werden sich nur langfristig lösen lassen. Trotz einiger Kritik an der Politik muss konstatiert werden, dass die Regierung signifikante Anstrengungen darauf verwandt hat, die soziale Lage zu verbessern. Eine Politik, die ähnliche Unruhen in Zukunft verhindern will, wird jedoch nicht umhinkommen, die „Kultur der Gewalt“ und südafrikanischen Rassismus zu bekämpfen. Die Schockwirkung der Übergriffe mag hier ein Umdenken bewirken.

Auf Seiten der gesellschaftlichen und politischen Elite bestehen allerdings deutliche Blockaden, Rassismen in der eigenen Gesellschaft wahrzunehmen und zu verurteilen. Noch immer wird Rassismus weithin als ein Phänomen wahrgenommen, dass vor allem zwischen schwarzen und weißen Bevölkerungsteilen besteht und wesentlich von letzteren ausgeht.

### **...und über Südafrika hinaus**

Die jüngsten Ausschreitungen in Südafrika haben auch über das Land hinausgehende Bedeutung. Dies betrifft vor allem das südliche Afrika, speziell Simbabwe. Unter den in Südafrika lebenden Immigranten aus dem Nachbarland steht ein großer Teil der Opposition nahe. Angesichts hoher Unsicherheit im südafrikanischen Exil und daraus folgenden Rückwanderungswellen entsteht zusätzliches Konfliktpotenzial.

Aber auch unter anderen, wirtschaftlich relativ gut gestellten Nachbarländern Südafrikas, insbesondere Nami-

bia und Botswana, sind distanzierende bis rassistische Einstellungen gegenüber schwarzafrikanischen Immigranten weit verbreitet (Morapedi 2007). Die Presseberichterstattung über Immigranten in Botswana ist im Allgemeinen ausländerfeindlicher als die in Südafrika (McDonald/Jacobs 2005). In Namibia trifft Rassismus wie in Südafrika auf eine relativ hohe Gewaltbereitschaft.

Afrika war und ist durch eine hohe Mobilität seiner Bevölkerungen gekennzeichnet. Allgemein wird Migration jedoch im Zuge zunehmender Entwicklungsunterschiede innerhalb Afrikas vermehrt als Problem wahrgenommen. Zum einen sind die entwickelteren Länder attraktive Zielländer, und ziehen verstärkt Zuwanderer an. Zum anderen intensiviert Zuwanderung vor allem in diesen Ländern die Konkurrenz um Arbeitsplätze, da ein verhältnismäßig geringerer Teil der Bevölkerung im Subsistenzsektor tätig ist und damit noch über eigene Produktionsmittel verfügt. In mehreren afrikanischen Zielländern wird Immigranten zunehmend ablehnend begegnet. Damit ist eine weitere Politisierung der Migration wahrscheinlich, was die Bearbeitung von Konflikten ermöglichen kann. Allerdings steigen auch Gefahren einer Zunahme und Vertiefung identitätsbasierter Konflikte.

## Literatur:

- Andersson, Neil (2004): National Cross Sectional Study of Views on Sexual Violence and Risk of HIV Infection and AIDS among South African School Pupils, in: British Medical Journal, Vol. 329, No. 7472, S. 952-954A  
<http://bmj.bmjournals.com/cgi/content/full/329/7472/952?etoc>
- Banerjee, Abhijit (u.a.) (2006): Why Has Unemployment Risen in the New South Africa? Center for International Development, Working Paper No. 134  
<http://www.cid.harvard.edu/cidwp/pdf/134.pdf>
- Centre for the Study of Violence and Reconciliation (2001): A Foreign Experience: Violence, Crime and Xenophobia During South Africa's Transition. Violence and Transition Series, Vol. 5, August  
<http://www.csvr.org.za/wits/papers/papvtp5.htm>
- Fine, Jack / Bird, William (2006): Shades of Prejudice: An Investigation Into the South African Media's Coverage of Racial Violence and Xenophobia. CSVR Report  
<http://www.csvr.org.za/wits/papers/papprej.pdf>
- Harris, Bronwyn (2002): Xenophobia: A New Pathology for a New South Africa?, in: Hook, D. / Eagle, G. (Hrsg.): Psychopathology and Social Prejudice. Kapstadt: University of Cape Town Press, S. 169-184
- Human Rights Watch (1998): "Prohibited Persons": Abuse of Undocumented Migrants, Asylum-Seekers, and Refugees in South Africa. Washington et al.  
<http://www.hrw.org/reports98/sareport>
- McDonald, David A. / Jacobs, Sean (2005): (Re)writing Xenophobia: Understanding Press Coverage of Cross-Border Migration in Southern Africa, in: Journal of Contemporary African Studies, Vol. 23, No. 3, S. 295-326
- Morapedi, Wazha G. (2007): Post-Liberation Xenophobia in Southern Africa: The Case of the Influx of Undocumented Zimbabwean Immigrants into Botswana, c. 1995-2004, in: Journal of Contemporary African Studies, Vol. 25, No.2, S. 229-250
- Frye, Isobel (2006): Poverty and Unemployment in South Africa. National Labour and Economic Development Institute, January  
<http://www.naledi.org.za/docs/Poverty%20and%20unemployment%20in%20South%20Africa%20Feb%202006.pdf>
- Palmary, Ingrid (2002): Refugees, Safety and Xenophobia in South African Cities: The Role of Local Government. Centre for the Study of Violence and Reconciliation, Research Report  
<http://www.csvr.org.za/wits/papers/papalm4.htm>
- Seekings, Jeremy (2008): The Continuing Salience of Race: Discrimination and Diversity in South Africa, in: Journal of Contemporary African Studies, Vol. 26, No. 1, S. 1-26
- Southern African Migration Project (2001): Making Up the Numbers: Measuring "Illegal Immigration" to South Africa. Migration Policy Brief No. 3  
<http://www.queensu.ca/samp/sampresources/samppublications/policybriefs/brief3.pdf>
- Southern African Migration Project (2003): Criminal Tendencies: Immigrants and Illegality in South Africa. Migration Policy Brief No. 10  
<http://www.queensu.ca/samp/sampresources/samppublications>

Valji, Nahla (2003): Creating the Nation: The Rise of Violent Xenophobia in the New South Africa. Masterarbeit, York University

<http://www.csvr.org.za/wits/papers/papnv1.htm>

Waldmann, Peter (2003): Diktatur, Demokratisierung und soziale Anomie. München: Vögel

Waller, Lyndith (2006): Irregular Migration to South Africa During the First Ten Years of Democracy. Southern African Migration Project, Migration Policy Brief No. 19

<http://www.queensu.ca/samp/sampresources/samppublications/policybriefs/brief19.pdf>

Williams, Vincent (2008): Fremdenfeindliche Übergriffe in Südafrika: Kein unbekanntes Phänomen. Heinrich-Böll-Stiftung, 22. Mai

<http://www.boell.de/internationalepolitik/internationale-politik-3466.html>

## Informationsquellen im Internet

Department of Home Affairs, South Africa (Abschiebedaten):

[http://www.dha.gov.za/stats/repatriate\\_stats.pdf](http://www.dha.gov.za/stats/repatriate_stats.pdf)

Institute for Security Studies: <http://www.issafrica.org>

Institute for Security Studies (Kriminalitätsstatistiken):

<http://www.iss.org.za/CJM/statgraphs/index.htm>

Centre for the Study of Violence and Reconciliation:

<http://www.csvr.org.za>

United Nations Relief Web (zu Südafrika):

<http://www.reliefweb.int/rw/dbc.nsf/doc104?OpenForm&rc=1&cc=zaf>

Southern African Migration Project:

<http://www.queensu.ca/samp/index.html>

Statistics South Africa: <http://www.statssa.gov.za>

### Impressum:

Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) wurde 1978 am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg zur empirischen und theoretischen Erforschung von Kriegsursachen ins Leben gerufen. Als Projekt „Forschenden Lernens“ beruht sie wesentlich auch auf den Forschungsleistungen von Studierenden. Durch die Herausgabe des Jahrbuchs „Das Kriegsgeschehen“ stellt die AKUF kontinuierlich aktuelle Daten zu zeitgenössischen Konflikten für Wissenschaft und Öffentlichkeit bereit.

Die **AKUF Analysen** erscheinen unregelmäßig und bieten Informationen zu einzelnen Konflikten und Themen des weltweiten Kriegs- und Konfliktgeschehens. Sie sind in elektronischer Form und als Druckversion verfügbar.

ISSN 1867-0792

Redaktion: Felix Gerdes, Stephan Hensell, Wolfgang Schreiber; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Felix Gerdes

Kontakt: Postanschrift: AKUF, Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg, Allende-Platz 1, 20146 Hamburg

E-Mail: [akuf@sozialwiss.uni-hamburg.de](mailto:akuf@sozialwiss.uni-hamburg.de)

Web: [www.akuf.de](http://www.akuf.de)